

## LINKSLIBERALE GLEICHHEIT ODER WIE DIE AKADEMISCHE MITTELSCHICHT UNGLEICHHEITEN VERGESEN LÄSST

Sozialabbau und gleichzeitige progressive Politik sind heute zwei Seiten derselben Medaille. Auch die Stadt Bern trägt ihren Teil dazu bei, dass wir weiterhin in kapitalistischen Widersprüchen gefangen bleiben. Progressive Errungenschaften wie Gleichberechtigung aller Geschlechter, ausgebauter oder überhaupt erst eingeführte Rechte für Menschen der LGBTQI+-Community und anderen sozialen oder kulturellen Minderheiten sind enorm wichtig, um eine Gesellschaft zu erschaffen, in der alle gleich sind. Diese Gleichheit erschöpft sich heute aber auf einer horizontalen Ebene. Will heißen heute sind alle gleich(er), sofern sie einen gewissen Bildungsstand haben, ein gewisses Umfeld, eine gewisse Ausdrucksweise. Der akademische Mittelstand ist heute tonangebend, kulturell divers, offen, freundlich und vergleichsweise kaufkräftig.

### Eine ungleiche Verteilung von Kapital und progressiven Errungenschaften

Wer von diesen Errungenschaften bis heute nicht profitiert, ist die Unterschicht, die Arbeiter\*innenklasse. Horizontal bewegen wir uns in der akademischen Mittelschicht unter gleichen und haben die Vorstellung, dass das allen so gehen muss. Man verfängt sich heute im Glauben, dass das, wofür die Linke in der Schweiz kämpft, gekämpft hat und was sie erkämpft hat für alle gilt. Die vertikale Dimension

unserer Gesellschaft wird jedoch kaum angesprochen, nur selten von diesen Veränderungen berührt. Es scheint also so zu sein, dass die Dimensionen der Anerkennung von Diversität – von Wünschen, Ideen, Vorstellungen, Erfahrungen, kulturellem Hintergrund, Alter oder Behinderung und Werten immer nur anhand einer gewissen Vorstellung modernen Denkens, linksliberalen Forderungen der Selbstentfaltung und sozialer Diversität und gleichzeitig wirtschaftsliberalen Logiken des Wettbewerbs, der Wirtschaftlichkeit eben dieser Diversität und Singularitäten – nur dort ihre Wirkungsmacht entfalten, wo sie instrumentalisiert werden kann. Was nicht in das Weltbild einer akademischen, netten und umweltbewussten Gesellschaft passt, erfährt Missachtung. Es ist also nicht nur die weisse Arbeiterklasse, die mehr und mehr von rechtspopulistischen Bewegungen abgeholt wird, die sich diese soziale Anerkennung nicht leisten können, sondern auch migrantische Menschen, die den hohen Bildungs- und Kultursprüchen der heutigen westlichen Gesellschaften nicht entsprechen können, die in der heutigen Diversität nicht mitgemeint sind. Anerkannt werden heute Humanressourcen, kulturelles Kapital. Arm oder ungebildet zu sein ist keine Einzigartigkeit, die sich vermarkten lässt und so keine zu anerkennende Diversität. Arm und ungebildet zu sein ist nicht sexy. Wir haben also nicht nur eine ungleiche Verteilung des Kapitals, sondern auch eine ungleiche Verteilung des Wirkkreises der progressiven Errungenschaften, die schlussendlich dazu da sind, dass sich alle Menschen als Teil der Gesellschaft, als mündige Menschen, die sich auf Augenhöhe begegnen, verstehen können. Das ist zwar bei genauerem Nachdenken nicht weiter überraschend. Wichtig hervorzuheben ist es trotzdem, zumal es öffentlich kaum so festgestellt und diskutiert wird.

«Das Traurige daran ist, dass du mehr Respekt vor dem Kapitalismus an mir hast als vor mir selbst»

Eine Studie aus Deutschland bestätigt diese Vermutung. Ausgehend von einer vermeintlichen Krise der Anerkennung hat sie die Verteilung von Wert- oder

Geringschätzung im Sinne sozialer Anerkennung untersucht. Zentraler Faktor, ob sich jemand wert- oder geringgeschätzt fühlt, sei in erster Linie entlang «vertikaler Merkmale wie Bildung, Einkommen, Erwerbsstatus und Wohneigentum [...]» und damit sozial ungleich verteilt.<sup>1</sup> Wer in den drei Dimensionen (Wissen, Konsum und Arbeit) nicht mithalten könne, erfahre systematisch weniger Wertschätzung und gleichzeitig mehr Geringschätzung. Soziokulturelle Zugehörigkeiten spielen dabei eine viel weniger gewichtige Rolle.<sup>2</sup> Sozioökonomische Ungleichheit, so schliessen die Forschenden ihre Studie ab, seien für die ungleiche Verteilung von Wert- und Geringschätzung von viel höherer Relevanz als soziokulturelle Differenzen.<sup>3</sup> Viel treffender als die deutsche Rapperin Ebow kann es nicht formuliert werden. In ihrem Song «Prada Bag» fragt sie in einem Interlude rhetorisch: «Warum muss es im Rap darum gehen, wer wie viel Cash macht, welche Marken du trägst, welchen Wagen du fährst?». Die Antwort darauf gibt sie gleich selbst: «Aber wenn du in einer Gesellschaft aufwächst, die dich immer als Mensch zweiter Klasse sieht [...] dann ist deine einzige Möglichkeit, auf gleicher Augenhöhe zu stehen, ihnen zu imponier'n. Und natürlich wär es eine Möglichkeit, 'n guten Job zu haben, studiert zu haben, ne? [...] Aber wenn du diesen Weg nicht gehen kannst, dann bleibt dir halt nicht viel und du eignest dir das an, was sie gerne hätten.»

«Das Traurige daran ist, dass du mehr Respekt vor dem Kapitalismus an mir hast als vor mir selbst», schlussfolgert Ebow dann. Und sie hat Recht. Leider. Es kann also nur darum gehen, Armut zu bekämpfen, den Kapitalismus zu zerschlagen und dabei die Menschen, die darunter leiden, niemals zu vergessen! Auch bei uns in Bern. So lange Obdachlosigkeit, (Erwerbs-)Armut und ein Leben am Rande der Gesellschaft für viele Realität ist, müssen wir kämpfen. Für mehr günstigen Wohnraum, für mehr Inklusion und Teilhabe, für mehr Solidarität. Wir bleiben dran!

Matteo Micieli

1 Schneickert, C., Delhey , J., & Steckermeier, L. C. (2019). Eine Krise der sozialen Anerkennung? Ergebnisse einer Bevölkerungsbefragung zu Alltagserfahrungen der Wert- und Geringschätzung in Deutschland. Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie, 593-622. Abgerufen am 8. November 2023 von <https://link.springer.com/article/10.1007/s11577-019-00640-8>. S. 613f  
2 Ebd.

3 Ebd. S. 615

**Stadtrat Bern**  
**Motion Matteo Micieli (PdA):**

## DAS PARTIZIPATIONS-REGLEMENT DER STADT BERN DEN GESELLSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNGEN ANPASSEN – MENSCHEN MIT S-AUSWEIS SOWIE ASYLSUCHENDEN EINE STIMME GEBEN!

### Auftrag

Art. 2 und Art 3. Abs. 1 des Reglements über die politische Partizipation von Ausländerinnen und Ausländern (Partizipationsreglement; PaR; SSSB 144.2) sind wie folgt oder in diesem Sinne anzupassen:

### Art. 2

1. Als ausländische Personen im Sinne dieses Reglements gelten Menschen, welche die Niederlassungsbewilligung (Ausländerausweis C) oder Aufenthaltsbewilligung (Ausländerausweis B) besitzen oder vorläufig aufgenommen sind (Ausländerausweis F, **Ausweis S**), seit mindestens drei Monaten Wohnsitz in der Stadt Bern haben und volljährig sind.

2. Als ausländische Personen im Sinne dieses Reglements gelten Menschen, welche die Niederlassungsbewilligung (Ausländerausweis C) oder Aufenthaltsbewilligung (Ausländerausweis B) besitzen, oder vorläufig aufgenommen sind (Ausländerausweis F) oder **Asylsuchende sind (Ausweis N)**, seit mindestens drei Monaten Wohnsitz in der Stadt Bern haben und volljährig sind.

## Art 3. Abs. 1

3. Mindestens 200 **100** ausländische Personen können dem Stadtrat eine Partizipationsmotion einreichen.

## Begründung

Mit dem Partizipationsreglement will die Stadt Bern der ausländischen Wohnbevölkerung die Möglichkeit geben, ein konkretes Anliegen an den Stadtrat zu richten. Bis anhin muss die sogenannte Partizipationsmotion von mindestens 200 volljährigen ausländischen und seit drei Monaten in Bern wohnhaften Personen unterschrieben sein. Dieses Instrument ist für eine demokratische Gesellschaft von zentraler Bedeutung. Damit das Partizipationsreglement den Veränderungen der Gesellschaft weiterhin entspricht und seine Niederschwelligkeit beibehält, muss dieses jedoch angepasst werden. Mit dem Schutzstatus S, den die Schweiz zum ersten Mal im März 2022 aufgrund des Ukraine-Krieges aktiviert hat, ist in unserem Partizipationsreglement ein grosser Teil unserer migrantischen Wohnbevölkerung aussen vorgelassen. Über 11'000 ukrainische Geflüchtete mit Schutzstatus S leben Stand November im Kanton Bern, viele davon hier in unserer Stadt. Eine Anpassung hinsichtlich der Inklusion und Partizipationsmöglichkeit von Menschen mit einem S-Ausweis ist also dringend nötig.

Insgesamt sollte die Partizipationsmotion denjenigen Menschen eine Stimme geben, die heute politisch keine oder wenig Rechte haben. Deshalb braucht es auch eine Ausweitung dieses Reglements auf asylsuchende Menschen (Ausweis N). Mit Konflikten und Kriegen weltweit, der anhaltenden Klimakrise und postkolonialistischen Strukturen kommt es zu immer grösseren Fluchtbewegungen. Diese Menschen müssen in unserer Stadt die Möglichkeit haben, Anliegen an uns heranzutragen. Denn sie sind Teil unserer Gesellschaft und es ist in unserer Verantwortung, dass sie das auch leben können!

Damit unser Partizipationsreglement eine gewisse Niederschwelligkeit erlaubt und für Migrant\*innen und geflüchtete Menschen in Bern ein Instrument sein kann, um in unserer Gesellschaft eine Stimme zu haben, braucht es also ein paar Anpassungen, um den sich wandelnden Bedingungen gerecht zu

werden. So muss auch die Anzahl ausländischer Personen, die es mindestens braucht, um eine solche Partizipationsmotion einzureichen, angepasst werden. Geflüchteten Menschen und Migrant\*innen bleibt der Eintritt in die Gesellschaft oftmals versperrt. Ein Netz aufzubauen und ein grosses Umfeld zu haben, auf das diese zurückgreifen können, wird oft schon rein strukturell verunmöglicht. Insbesondere Menschen mit F- oder N-Ausweis haben innerhalb der drei Monate selten ein so grosses Umfeld, dass sie diesen Bedingungen gerecht werden könnten. Damit also alle obengenannten Menschen wirklich die Möglichkeit haben, von diesem Instrument Gebrauch zu machen, müssen 100 Unterschriften ausreichen, um eine solche Motion einzureichen.

## Dringlichkeit

Kurze Begründung: Die von diesen verlangten Veränderungen Betroffenen sind heute schon in der Stadt Bern und haben heute schon keine politischen Teilhabemöglichkeiten. Nur eine dringliche Behandlung dieses Vorstosses wird demnach der Situation dieser Menschen gerecht.

Bern, 16. November.2023

---

## MINDESTLOHN VON 4000 FRANKEN AUCH FÜR DAS REI- NIGUNGSPERSONAL DER STADT BERN

**Stadtrat Bern**

**Motion Zora Schneider (PdA) – übernommen durch Matteo Micieli (PdA):**

Bevor ich die Motion gelesen habe, habe ich gedacht, dass man den Vorstoss vielleicht auch zurückziehen könnte. Dann habe ich aber die Motion gelesen und vor allem auch die Antwort und gemerkt, dass es doch noch ein paar Sachen gibt, die stossend genug sind, um jetzt vorne zu stehen und über etwas zu diskutieren, bei dem anscheinend